

AußenwirtschaftsNews – USA

12/2024

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, China sowie Mittel- und Osteuropa.

1 Konjunktur

- Goldman Sachs Research prognostiziert für 2025 ein weiteres solides Jahr globalen Wirtschaftswachstums. Die Ökonomen prognostizieren, dass die USA die Erwartungen übertreffen werden, während der Euroraum aufgrund der von der Trump-Regierung erwarteten neuen Zölle zurückbleibt. Das weltweite BIP wird im nächsten Jahr voraussichtlich um durchschnittlich 2,7 Prozent wachsen. Das liegt knapp über der Konsensprognose der von Bloomberg befragten Ökonomen und entspricht dem erwarteten Wachstum im Jahr 2024. Das US-BIP wird im Jahr 2025 voraussichtlich um 2,5 Prozent wachsen und damit deutlich über dem Konsens von 1,9 Prozent. Die Wirtschaft des Euroraums wird voraussichtlich um 0,8 Prozent wachsen, verglichen mit dem Konsens von 1,2 Prozent. Die Rezessionsängste für die USA haben nachgelassen.
- Die Inflation zog im November an, ein Anzeichen dafür, dass der Weg zur Senkung des Preisdrucks weiterhin holprig ist. Der Verbraucherpreisindex stieg im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent, teilte das US-Arbeitsministerium am 11. Dezember 2024 mit. Im Oktober war er bereits um 2,6 Prozent gestiegen. Die Kerninflationsrate (ohne Lebensmittel- und Energiepreise) lag zuletzt bei 3,3 Prozent. Die Ergebnisse entsprachen den Erwartungen der vom Wall Street Journal befragten Ökonomen.
- Im November wurden 227.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, während die Arbeitslosenquote leicht auf 4,2 Prozent anstieg. Der Arbeitsmarktbericht spiegelt eine starke Erholung der Beschäftigung wider, nachdem im Oktober Hurrikane und ein großer Streik die Arbeiter außer Gefecht gesetzt hatten.
- Das Beschäftigungswachstum ist im Oktober besser ausgefallen als zunächst angenommen. Es sind 36.000 neue Stellen geschaffen worden, 24.000 mehr als in der ersten Schätzung angenommen. Der Bericht zeigte, dass auch die Beschäftigungszuwächse im September leicht nach oben korrigiert wurden, nämlich von 223.000 auf 255.000.
- Der Hafen von Los Angeles beförderte im Oktober weiterhin nahezu rekordverdächtige Importe, da die Unternehmen in großem Umfang Waren im Vorfeld möglicher Zollerhöhungen einführten.
- Erst Ende Februar 2024 durchbrach der S&P 500 zum ersten Mal die 5.000-Marke. Weniger als ein Jahr später überschritt er die nächste große Marke von 6.000 und schloss

am 11. November 2024 bei 6.001. Der Leitindex ist in diesem Jahr bisher um 26,5 Prozent gestiegen und hat die meisten Prognosen zum Jahresende hinter sich gelassen. Goldman Sachs sagte, die Gewinne des S&P 500 könnten in den nächsten zwei Jahren um mehr als 20 Prozent steigen, wenn Trump die Unternehmenssteuern wie angekündigt senkt.

- Berichten zufolge wird die Trump-Regierung voraussichtlich die Steuererleichterungen für Elektrofahrzeuge abschaffen. Der Anreiz, der Rabatte von bis zu 7.500 US-Dollar auf neue Elektrofahrzeuge bietet, hat dazu beigetragen, in den USA die Nachfrage danach anzukurbeln. Viele Republikaner im Capitol Hill stehen Elektrofahrzeugen skeptisch gegenüber und einige republikanische Mitglieder bestätigten, dass die Steuergutschrift für Elektrofahrzeuge eines der wichtigsten Abschaffungsziele sei. Eine vollständige Aufhebung der EV-Steuererleichterung – die zu Verpflichtungen der Industrie geführt hat, Fabriken, Batteriewerke und Bergbauanlagen in republikanischen Bezirken zu bauen – könnte prekär sein. Im August unterzeichneten 18 Republikaner im Repräsentantenhaus (von denen die meisten im nächsten Jahr noch im Amt sein werden) einen Brief an die Führung, in dem sie für die Beibehaltung der Energieanreize des IRA plädierten.

2 Handelspolitik

- Trumps jüngste Drohungen (25-Prozent Zoll auf Waren aus Kanada und Mexiko und einen zusätzlichen Zoll von 10 Prozent auf chinesische Waren) könnten Verhandlungstaktik sein. Das ist zumindest die Ansicht einiger Trump-Anhänger. Er will damit von Mexiko Zugeständnisse bei der Bekämpfung von illegaler Migration und im Drogenhandel erzielen. Die mexikanische Präsidentin Sheinbaum stellte Vergeltungsmaßnahmen in Aussicht, zeigte sich aber zugleich verhandlungsbereit. Die mexikanische Regierung warnte, dass Trumps Drohung die US-Wirtschaft bis zu 400.000 Arbeitsplätze kosten und die Preise für amerikanische Verbraucher erhöhen würde.
- Das Bureau of Industry and Security (BIS) hat im November eine aktualisierte Version von [Dont't let this happen to you](#) veröffentlicht. Darin enthalten sind Fallbeispiele, die die Folgen von Verstößen gegen das US-Exportkontrollrecht veranschaulichen. Diese werden unter anderem auch bei den U.S. Export Controls 2025 im Rahmen der [Exportkontrollkonferenz 2025](#) der Außenwirtschafts-Akademie diskutiert.

3 Allgemeine Politik

- Scott Bessent soll Donald Trumps Finanzminister werden. Er ist von Beruf Hedgefonds-Manager und sagte dem Wall Street Journal, dass Trumps Steuersenkungen und Zollversprechen sein Schwerpunkt sein werden. Er gilt in Handelsfragen als weniger harter Mann. Diese Wahl zeigt, dass Trump davor zurückschreckt, die Wall Street zu verärgern. Scott Bessent verfolgt eine von ihm so genannte „3/3/3“-Wirtschaftsagenda. Dabei geht es um die Senkung des Haushaltsdefizits auf drei Prozent des BIP, ein

jährliches Wachstum von drei Prozent und eine Steigerung der heimischen Ölproduktion um drei Millionen Barrel pro Tag. Wenn diese Ziele erreicht werden, würden sie zu einer nachhaltigeren Haushaltslage und einem schnelleren Wachstum als erwartet führen. Allerdings stehen sie im Widerspruch zu anderen Aspekten von Trumps Agenda, darunter Zölle, Massenabschiebungen und eine Ausweitung der Steuersenkungen aus seiner ersten Amtszeit.

- Autofahrer in den USA müssen sich auf steigende Benzinpreise einstellen, falls Trump seine Pläne durchzieht und Zölle auf Produkte aus Kanada und Mexiko erhebt. Diese beiden Länder liefern sieben von zehn importierten Barrel Öl.
- Während sich die Öl- und Gasindustrie auf die neue Regierung vorbereitet, forderte Darren Woods, CEO von Exxon Mobil, den designierten Präsidenten Trump auf, am Pariser Klimaabkommen festzuhalten. Er sagte außerdem, der Markt sei gut mit Öl versorgt und es gebe in naher Zukunft kaum Möglichkeiten, die Produktion zu steigern. Energieanalysten zufolge konzentrieren sich die großen Ölkonzerne darauf, ihren Aktionären Geld zurückzugeben, anstatt in Projekte zu investieren, die die Produktion steigern würden.
- Bloomberg berichtet, dass Trumps Team derzeit über die Schaffung einer neuen Funktion im Weißen Haus für die Kryptowährungspolitik nachdenkt und Gespräche mit Vertretern der Branche führt.

Ansprechpartner

Eva Apfel

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
eva.apfel@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 646 237 0410
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.